

# LONDON







# EIN DRAMA MIT WEITERHIN UNGEWISSEM AUSGANG



**Dr. Georg Krawietz** leitet die Außenstelle London seit 2014. Die Vertretung des DAAD im Vereinigten Königreich besteht seit 1952 und hat sechs Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie ist neben dem Vereinigten Königreich auch für Irland zuständig.

- Auch ohne Shakespeare bot das Vereinigte Königreich reichlich bühnenreifen Stoff. Ginge es nicht um die ernste Frage, wie man zukünftig zu Europa, der EU und seinem Nachbarn Irland stehen will, mochte man erheitert sein. Doch auch mit britischem Humor fiel es vielen, nicht zuletzt den Hochschulen, schwer, das Brexit-Geschehen als bloßes Unterhaltungsstück zu sehen. Die DAAD-Außenstelle London machte da keine Ausnahme. Dessen ungeachtet galt auch hier das Motto: „Keep calm and carry on.“*

Keine Schilderung des Vereinigten Königreiches (UK) im Jahr 2018 kommt am geplanten Austritt aus der Europäischen Union (EU), dem omnipräsenten Brexit, vorbei. Je näher das Jahr an sein Ende und an den Austrittstermin 29. März 2019 heranrückte, desto stärker zeigten sich die Auswirkungen.

EU-Verhandlungsführer Michel Barnier saßen auf britischer Seite im Laufe des Jahres drei sogenannte Brexit-Minister gegenüber. David Davis, seit 2016 im Amt, trat im Juli zurück, weil er das Ergebnis der Regierungsklausur auf dem Premierminister-Landsitz Chequers nicht mittragen wollte. Nachfolger Dominic Raab hielt es gut vier Monate bis Mitte November im Amt, bevor er ebenfalls unter Protest abtrat. Das von Premierministerin Theresa May ausgehandelte Abkommen enthalte „schwerwiegende Fehler“. Zuletzt nahm Stephen Barclay als dritter Brexit-Minister Platz.

Mitte Dezember bestätigten die 27 in Brüssel versammelten EU-Staats- und Regierungschefs den Inhalt des von EU-Kommission und britischer Regierung ausgehandelten Abkommens







› Schottland: Die britische Teilnation stimmte 2016 mit 62 Prozent für den Verbleib in der EU. Nach dem gescheiterten Unabhängigkeitsreferendum von September 2014 werden Stimmen zugunsten eines „Indy Ref 2“ vom übrigen UK nach dem Brexit lauter.

mit einer am 30. März 2019 beginnenden Übergangsphase bis Dezember 2020. Für die EU stand dessen Inhalt damit fest. Lediglich ergänzende Erläuterungen sollten May dabei helfen, dem wachsenden Widerstand im britischen Parlament zu begegnen.

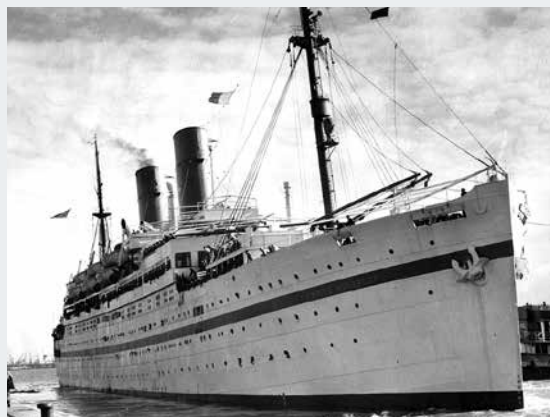
Viele stoßen sich dort an der Statusfrage Nordirlands. Um Grenzkontrollen mit der Republik Irland zu vermeiden, müsste die Provinz notfalls im EU-Binnenmarkt verbleiben. Dem widersetzte sich vor allem die nordirische Democratic Unionist Party (DUP), deren zehn Abgeordnete der Regierung eine Mehrheit im Parlament sichern. In Mays eigener Partei entzündete sich Widerstand daran, dass eine solche, als Backstop bezeichnete Regelung so lange gelten soll,

bis deren Ende gemeinsam beschlossen wird. Dank des im April 1998 getroffenen Karfreitagsabkommens ist grenzüberschreitende Freizügigkeit seither täglich gelebte Praxis. Sie nicht zu gefährden, stand für die EU-Kommission im Interesse ihres Mitgliedslandes Irland oben an.

Statt des baldigen Brexit mit dem Backstop womöglich unbegrenzt an die EU gekettet bleiben? Das war für viele Abgeordnete nicht die zurückgewonnene Kontrolle über eigene Grenzen, eigene Gesetze und eigenes Geld. In der oppositionellen Labour Party, die den Brexit-Schlingerkurs des Vorjahres wenig modifiziert fortsetzte, wollten viele das Abkommen ebenfalls ablehnen. Entweder geht es ihnen bei der Sicherung von Arbeitsplätzen, Arbeitnehmerrechten und

## Der Windrush-Skandal

Unter vielen gesellschaftlichen Themen des Jahres 2018 sticht der „Windrush-Skandal“ heraus. In dessen Zentrum stehen mehrheitlich farbige Einwanderer aus der Karibik, die in den 1950er bis frühen 1970er Jahren ins Land kamen, viele davon auf einem Schiff namens „Empire Windrush“. Die Zahl der Betroffenen wird auf bis zu 50.000 geschätzt. Sie besitzen häufig keine offiziellen Ausweisdokumente, da sie solche im personalausweislosen und melderegisterfreien UK nie benötigten. Vor Jahren wurden die jahrzehntelang aufbewahrten Einreiselisten der „Empire Windrush“ bei Umzügen der zuständigen Behörden vernichtet – ob mit oder ohne Wissen um deren Bedeutung, ist umstritten. Im Zuge verschärfter Kontrollen im Gesundheitswesen, im Kontakt mit Behörden und bei Wohnungswechseln fiel die mangelnde Dokumentation des Aufenthaltsstatus vermehrt auf. Es kam zu unangenehmen Befragungen, Dienstleistungen einschließlich medizinischer Behandlungen wurden nur verzögert oder gar nicht gewährt und ein Wohnungswechsel war nicht möglich. Deportationen wurden nicht nur angedroht, sondern tatsächlich durchgeführt. Ein im Juni veröffentlichtes Dokument spricht von 850 „irrtümlichen“ Abschiebungen in den Jahren 2012 bis 2017 in Herkunftsländer, die viele seit Kinderzeiten nicht betreten hatten. Diplomatisch peinlich wurde es im April, als zeitgleich zu immer mehr Details behördlichen Versagens die Commonwealth-Staats- und Regierungschefs in London zusammenkamen, darun-



› „Empire Windrush“: Der nach dem 2. Weltkrieg konfiszierte ehemalige Kraft-durch-Freude-Dampfer „Monte Rosa“, im Krieg als deutsches Truppentransportschiff eingesetzt, verkehrte ab den späten 1940er Jahren zwischen Jamaika und britischen Häfen. Auf ihm kamen viele karibische Einwanderer ins Land.

ter nicht wenige aus der Karibik. Die Premierministerin musste sich gegenüber denjenigen entschuldigen, mit denen man nach Verlassen der EU gerne enger kooperieren will. May, von 2010 bis 2016 Innenministerin, gilt als Erfinderin der Politik eines „hostile environment“ für vermeintlich oder tatsächlich illegal ins Land Gekommene. Bis heute sind außer offiziellen Stellen auch Vermieter und Banken aufgefordert, Verdachtsfälle eines illegalen Aufenthaltes zu melden. Der „Windrush-Skandal“ zeigte das andere Gesicht eines Landes, das so gerne „welcoming“ und „truly global“ sein will.

Umweltbestimmungen nicht weit genug, oder die Mandatsträger und -trägerinnen vertreten Wahlkreise, die für den Brexit votiert haben. Angesichts dieser aussichtslosen Lage ließ die Premierministerin die für den 11. Dezember geplante Abstimmung zum Austrittsvertrag von der Parlamentstagesordnung nehmen. Das hatte kein Premier seit 70 Jahren gewagt. Den folgenden Misstrauensantrag in ihrer eigenen Fraktion überstand May mit 200 Stimmen für und 117 gegen sich. Gut ein Drittel Gegenstimmen in den eigenen Reihen machte deutlich, wie weit entfernt eine Mehrheit für den umstrittenen

„Deal“ im Parlament war. Die verschobene Abstimmung wurde erneut auf die Tagesordnung gesetzt. Vielleicht, so mochte mancher hoffen, besinnen sich die Abgeordneten in der Weihnachts- und Neujahrspause ja eines Besseren. Doch dazu kam es nicht, ganz im Gegenteil: Am 15. Januar 2019 stimmten 202 Abgeordnete für und 432 gegen den „Deal“ – es war die deutlichste Abstimmungsniederlage einer Regierung seit über einhundert Jahren.

Trotz insgesamt positiver wirtschaftlicher Rahmendaten wie geringer Arbeitslosigkeit, im



› Irlands Regierung und die irischen Universitäten haben sich ambitionierte Ziele gesetzt, um auf dem internationalen Bildungsmarkt stärker wahrgenommen zu werden. Im Bild: Das Trinity College in Dublin.

Vergleich zum Vorjahr gesunkener Inflation und einem leichten Wachstum spüren die Britinnen und Briten zehn Jahre nach der Finanzkrise deren Folgen immer noch. Einsparungen bei Kommunen, im Gesundheitswesen, im Bildungssektor und beim öffentlichen Verkehr setzten sich fort. Personalmangel herrschte auch bei der Polizei, was angesichts gestiegener Zahlen bei Tötungsdelikten besonders in London – beteiligt sind häufig Jugendliche im Banden- und Drogenmilieu, die Konflikte mit Stichwaffen austragen – zu offener Kritik führte. Die Löhne stiegen im Jahresverlauf. Dennoch lagen die verfügbaren Haushaltseinkommen weiterhin kaum höher als vor der Finanzkrise. Nach Jahren zeigte die Kurve der Immobilienpreise in einigen Landesteilen, unter anderem in London, erstmalig wieder leicht nach unten. Gerade jüngere Leute haben es aber immer noch schwer, Eigentum zu erwerben. Die Premierministerin kündigte auf dem Parteitag der Konservativen im Oktober das Ende der herrschenden Sparpolitik an. Nur woher sollen Mittel für zusätzliche öffentliche Ausgaben kommen?

### Entwicklungen im Hochschulsektor

Auch ohne den Brexit war es ein turbulentes Jahr. Vieles steht im Zusammenhang mit der 2010 begonnenen Ökonomisierung des Hochschulsektors und Enthüllungen zu den horrend hohen Gehältern der Universitäts-

Vice-Chancellors. Nach einer im Frühjahr veröffentlichten Studie der Gewerkschaft University and College Union (UCU) sind sie innerhalb von zehn Jahren um 56 Prozent gestiegen. Das Magazin Times Higher Education (THE) ermittelte im Durchschnitt 270.000 Pfund (Leitungen von Russell-Group-Universitäten: 355.000 Pfund). Wie in der Wirtschaft werden Performance-Ziele gesetzt und hierfür Boni, großzügige Pensionsansprüche und Sonderzahlungen bei Vertragsende vereinbart.

Dass keineswegs alle auf der entgeltlichen Sonnenseite stehen, zeigte der seit vielen Jahren erste, großflächige Streik an mehr als 60 britischen Hochschulen. Grund hierfür war die geplante Reform eines Pensionsfonds für Hochschulbeschäftigte. Um das bestehende Defizit von mehreren Milliarden Pfund auszugleichen, schlug eine von Universities UK (UUK) eingesetzte Kommission Leistungssenkungen vor. Versicherte würden demnach mittelfristig rund 10.000 Pfund jährlich weniger aus dem Fond erhalten. Dem widersetzte sich die Gewerkschaft UCU und organisierte Streiks, die zwei Monate lang andauerten. Die Presse berichtete ausführlich, so unter anderem über Drohungen von Studierenden, die Universitäten, denen man viele Tausend Pfund Gebühren zahle, für Unterrichtsausfall und schlechte Vorbereitung auf Prüfungen in Regress zu nehmen. Mitte April vereinbarten UCU und UUK, eine gemeinsame Kommission einzusetzen. Eine Lösung des Problems war bis Jahresende noch nicht in Sicht.

Britische Hochschulen finanzieren sich zu etwa 50 Prozent aus Studiengebühren. Das sehen viele zunehmend kritisch. Mitte Februar wurde eine sogenannte Graduate Tax als Alternative vorgeschlagen. Anstatt einen Studienkredit aufzunehmen, der bei Abschluss inzwischen durchschnittlich 50.000 Pfund beträgt und mit 6,1 Prozent verzinst zurückzahlen ist, sollten Absolventen und Absolventinnen eine einkommensabhängige Steuer zahlen. Sie würde junge Menschen davor bewahren, bereits mit Anfang 20 einen Schuldenberg aufzutürmen. Die Regierung ließ den Vorschlag prüfen. Bis Jahresende offiziell unveröffentlicht, sickerte im Dezember aus dem Gutachten durch, dass es zukünftig re-



## BREXIT 1: DEUTSCH-BRITISCHE FORSCHUNGSZUSAMMENARBEIT

Im März fand in London das Seminar „Challenges and Opportunities for British-German Research Co-Operation in the Future“ statt. Diskutiert wurden die aktuelle Lage, wie etwa Möglichkeiten und Herausforderungen der Zusammenarbeit im Zuge des Austritts des UK aus der EU und für die Zeit danach. Auf deutscher Seite nahmen Vertreter von TU9- und German-U15-Hochschulen teil, auf britischer Reprä-

sentantinnen und Repräsentanten von Universitäten der Russell Group. Hinzu kamen Vertreter der beiden Rektorenkonferenzen, HRK und Universities UK, der European University Association (EUA) sowie von Forschungs- und Forschungsförderorganisationen. Vivienne Stern, Leiterin von UUK International, betonte, der Austritt stelle eine große Herausforderung dar. Dennoch wolle man die erfolgreiche

innereuropäische Zusammenarbeit so unbeschadet wie möglich fortsetzen. Dies gelte für die Forschung und den Studierendenaustausch. In der Diskussion überwog die Auffassung, britische Einrichtungen könnten hierfür keinen kurzfristigen Ersatz finden, auch nicht durch eine intensivierte Kooperation mit Hochschulen in Commonwealth-Ländern, wie im Brexit-Kontext gerne geäußert werde.



› Runder Tisch zum Thema „The Future for UK-German Higher Education Cooperation“ (v. l.: Michael Browne, University College London, Nicole Saverschek, TU9, Rüdiger Görner, Queen Mary University of London, Bill Spence, Queen Mary University of London, Andreas Zimmer, Universität Bonn).

Jahr 2017 waren es 27 Prozent. Dieser Durchschnittswert wird an einer Reihe von Hochschulen übertroffen, in manchen Fällen um das Doppelte oder Dreifache an „Firsts“.

duzierte Gebühren – statt 9.250 nurmehr 6.000 bis 7.000 Pfund – geben mag. Universitätsvertreter stellten postwendend die Frage, woher denn das fehlende Geld kommen solle, auf das man keinesfalls verzichten könne.

Die vor Jahren verdreifachten Studiengebühren haben zu einem Klimawandel an den Hochschulen geführt. So sieht es jedenfalls eine steigende Zahl der Lehrenden, die Studierende vermehrt als Kunden mit Anspruchshaltung erlebt. Sie verschuldeten sich und setzten sich unter Druck, worin zumindest teilweise der Grund für eine signifikant höhere Rate psychischer Erkrankungen gesehen wird. Sie übten aber auch Druck auf Lehrende aus, erwarteten Allzeitverfügbarkeit und immer bessere Noten. Letzteres bestätigte im Dezember eine vom Office for Students (OfS) veröffentlichte Studie. Der Anteil an „First-Class Degrees“ unter allen Abschlüssen lag demzufolge im Jahr 2011 bei 16 Prozent, im

Ausufernde Gehälter an der Spitze, kaum steigende Einkommen und gekürzte Pensionen für die Übrigen, hohe Schulden und eine gestiegene mentale Belastung bei Studierenden, die zahlende Kunden geworden sind – gegen Jahresende kamen Gerüchte um Hochschulen hinzu, die hoch-, ja überschuldet seien, weil sie zu viel



› Seminar „Challenges and Opportunities for British-German Research Co-Operation in the Future“ mit Vivienne Stern, Leiterin von Universities UK International.

Geld in teure Bauten, etwa Sportanlagen für Gebühren zahlende Studierende, investiert hätten. Die Bandbreite der Symptome ist erstaunlich, doch eine Frage wurde laut vernehmlich nicht gestellt: Läuft nicht etwas falsch, Institutionen mit dem Auftrag von Bildung und Forschung in einen ökonomischen Kontext zu stellen, der die einen zur Gier treibt, andere finanziell demotiviert, wieder andere krank macht und ein horrendes Schuldenzenario hinterlässt?

Wie international attraktiv ist man als Hochschul- und Wissenschaftsstandort? Eine gemischte Antwort auf diese Frage gab im Juli Prof. Simon Marginson vom Centre for Global Higher Education des University College London (UCL). Seiner Auswertung von UNESCO-Daten der Jahre 2011 bis 2016 und deren Extrapolierung für Folgejahre zufolge war das UK demnach im Begriff, seine Position als nach den USA zweitattraktivstes Zielland an Australien abzugeben. Die Zahl internationaler Studierender stagniere, wohingegen andere Länder zulegten. Daran seien Restriktionen schuld, nicht zuletzt beim Thema Zuwanderung, die weiterhin auf unter 100.000 Personen pro Jahr gedrückt werden soll. Nach wie vor werden internationale Studierende, die zwölf Monate und länger im Land bleiben, dabei mit eingerechnet.

Von positiven internationalen Trends profitiert auch Irland. Die Regierung hat den Hochschulen das Ziel gesetzt, ausgehend vom Jahr 2015 33 Prozent mehr internationale Studierende bis 2020 zu gewinnen. Letzten Zahlen zufolge können diese das Ziel erreichen. Der im Juli veröffentlichte Report „The Internationalisation of Irish Higher Education“ fasst Befragungsergebnisse an 35 Einrichtungen zusammen. Die Autoren verteilen Lob, äußern sich aber auch kritisch. Der Ressourcenmangel erlaube es den irischen Hochschulen noch nicht, international erfolgreich zu sein, und Irland müsse als Studienstandort noch besser kommuniziert werden. Diejenigen, die bereits in Irland studierten, schätzten Land und Leute, persönliche Sicherheit, positive Hochschulrankingresultate und Englisch als Umgangs- und Unterrichtssprache in einem Europa zugewandten Land. Positiv schätzten die Studierenden auch die geringeren



› Das Dauerthema des Jahres 2018 für Gesellschaft, Politik, Wirtschaft und Hochschulen: wie wird der Abschied aus der EU aussehen?

Lebenshaltungskosten im Vergleich zum UK oder den USA. Studentische Wohnmöglichkeiten sind indes sehr knapp und entsprechend teuer.

Auch die Beziehungen zu Deutschland sollen eine größere Rolle spielen. Laut einem im April veröffentlichten Strategiepapier der irischen Botschaft in Berlin – „Ireland in Germany: A Wider and Deeper Footprint“ – lassen sich die Beziehungen weiter ausbauen, einschließlich des Bildungssektors. Genannt werden der Auf- und Ausbau eines Netzwerkes deutscher und irischer Lehrer und Wissenschaftler sowie der Studierendenaustausch. Dank Erasmus sei er schon jetzt intensiv, biete aber noch Wachstumspotenzial.

Seit zwei Jahren versuchen britische Wissenschafts- und Hochschulvertreter, in der Brexit-Diskussion Gehör zu finden. Die Präambel des Austrittsvertrages kommentierte Prof. Venki Ramakrishnan, Präsident der Royal Society, im November gegenüber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung grundsätzlich positiv, denn sie setze bei der Wissenschaftskooperation eine optimistische Note. Nur: „Ein Abkommen, das den Zugang zu Förderprogrammen und Institutionen regelt, ist das eine. Das andere ist die Mobilität der Menschen.“

Aktuell arbeiten mehr als 50.000 EU-Staatsangehörige an Hochschulen im Land. Einen statistisch nachweislichen „Brexodus“ gab es 2018 nicht, anekdotisch wurden allerdings vermehrt



## BREXIT 2: WAS DENKEN SIE?

Ende 2018 endete das im Jahr 2017 gestartete Projekt „Europe of Humans – Humans for Europe“. Die DAAD-Außenstelle London wollte wissen, wie Menschen aus allen Lebensbereichen in Zeiten des Brexit über Europa denken. Unter Anleitung einer Kuratorin führten Studierende Interviews auf der Straße durch, größtenteils in Brighton, Bristol, Glasgow und London. Die individuellen Beiträge, bestehend aus einer kurzen Stellungnahme und einem Porträtfoto, verbreitete die Außenstelle über ihre sozialen Medien und fasste sie abschließend in einem Booklet zusammen. Neben kritischen Bemerkungen zu europäischer Politik, Gesetzgebung und Bürokratie zeigte die überwiegende Mehrheit der Befragten ein Empfinden von europäischer Zusammengehörigkeit bei bestehender kultureller Vielfalt, freute sich über Visa-freies Reisen, geteilte Werte und – nicht zuletzt – positive menschliche Erfahrungen.

rückläufige Bewerbungszahlen aus EU-Ländern auf vakante Positionen im Umfang von minus 50 bis 80 Prozent kolportiert. Und was passiert nach dem Brexit mit der Studierendenmobilität? Laut Angaben von Universities UK vom August entfallen mit 16.000 Platzierungen 53 Prozent aller studentischen Auslandsaufenthalte des zukünftigen „truly global Britain“ auf Erasmus plus. Umgekehrt nahmen britische Universitäten mit 31.000 nahezu die doppelte Zahl Erasmus-Studierende auf.

Vermehrt wollen britische Institutionen mithilfe von Hochschulpartnerschaften in EU-Ländern dem Brexit begegnen. Im Dezember 2017 hatte die Universität Oxford den Anfang gemacht und eine Partnerschaft mit den drei Berliner Universitäten sowie dem Klinikum Charité vereinbart. Im Jahr 2018 kamen weitere hinzu, wiederum häufig mit deutschen Counterparts: Universität Glasgow und Universität Lüneburg, Universität Cambridge und LMU München, King's College London und TU Dresden im Rahmen der sogenannten TransCampus-Initiative sowie Imperial College London und TU München. Den Absprachen liegen meist langjährige Erfahrungen in gemeinsamer Forschung zugrunde. Neben Kooperationen geht es dabei auch um Forschungsgelder. Peter Coveney, Professor für physikalische Chemie am UCL, mahnte Mitte November im THE-Magazin: „Die Uhr tickt, und diejenigen, die noch keinen Weg gefunden haben, sich den Zugang zu EU-Fördertöpfen zu sichern, müssen sich beeilen.“

### DAAD-Arbeit vor Ort

Angesichts der politischen Lage war es auch für die Außenstelle London wichtig, über die reguläre Programm- und Kulturmittlerarbeit hinaus den akademischen Austausch und die Kooperation von Hochschulen dies- und jenseits des Kanals zu unterstützen. Zudem galt die Aufmerksamkeit dem Zusammenhalt in Europa und den deutsch-britischen Beziehungen.

Das zwischen 2010 und 2016 dreimal ausgeschriebene Programm „Promoting German Studies in the UK“ ist im Jahr 2017 positiv evaluiert worden. Die Ergebnisse und Empfehlungen flossen 2018 in dessen vierte Ausschreibung ein. Erneut konnten sich britische Hochschulen einzeln und in Konsortien um Projektgelder in Höhe mehrerer Zehntausend Euro bewerben. Fünf Anträge zu Deutschlandthemen wählte der DAAD im Juli aus. Sie erhalten bis 2020 oder 2021 finanzielle Förderung. Dazu zählen: „Shifting Constellations: Germany and Global (Dis) Order“ (University of Birmingham), „Promoting German Pop Music Studies in the UK“ (Aston University, Birmingham) und das am King's College London geförderte Vorhaben „Circulating Cinema: the moving image archive as Anglo-German contact zone“. An allen Projekten wirken deutsche Kooperationspartner mit.

Die Geschichte Großbritanniens ist vielfältig mit der deutschen verwoben. Das gilt für belastete Zeiten wie die beiden Weltkriege. Das Ende des ersten, des „Great War“ vor einhundert Jahren, wurde im November im Beisein von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in London



› Veranstaltungsort des DAAD-Lektoren-Alumnitreffens 2018: Cumberland Lodge, Windsor Great Park.

begangen. Es gilt aber auch für glücklichere Phasen inklusive dynastischer Verbindungen, etwa zwischen Königin Victoria (1819–1901) und ihrem Ehemann Albert von Sachsen-Coburg und Gotha (1819–1861). Beider Geburtstag jährt sich 2019 zum 200. Mal. Zusammen mit britischen Einrichtungen wie Victoria and Albert Museum, National Archives, Royal Collection Trust und British Library liefen unter Federführung der deutschen Botschaft die Planungen für diverse Aktivitäten im Jahr 2019 an.

Die DAAD-Außenstelle wird im Jahr 2019 ihren jährlich gemeinsam mit Partnern durchgeführten Schreibwettbewerb „Victoria & Albert 200“ widmen, so der offizielle Titel des Jubiläumsveranstaltungsreigns. Verschiedene Teilnehmergruppen, darunter Studierende im Fach Deutsch auf Undergraduate- und Postgraduate-Niveau, können in die Rolle der beiden Persönlichkeiten schlüpfen und einander zuge dachte Freundschafts- oder Liebesbriefe in deutscher Sprache verfassen. Britische wie deutsche Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Planungstreffen äußerten die feste Zuversicht, das Jubiläum werde die positiven Verbindungen zwischen beiden Ländern stärken – gerade jetzt.

Mit 45 Regel- und Fachlektoraten an britischen und irischen Universitäten ist das Netzwerk innerhalb des DAAD-Lektorenprogramms ein regional großes. Viele Alumni haben das Lektorat als Baustein ihrer wissenschaftlichen Karriere genutzt und nicht wenige forschen und lehren weiterhin an Universitäten beider Länder. Die Fächerbandbreite umfasst Germanistik, Deutsch als Fremdsprache, Kulturwissenschaft und – etwa bei ehemaligen Fachlektoren – Politik-, Geschichts- und Rechtswissenschaft, meist mit Schwerpunkten auf deutschen und europäischen Themen. Die Außenstelle nahm die erfreuliche Entwicklung zum Anlass, Ehemalige im Dezember dorthin einzulanden, wo traditionell DAAD-Lektorentreffen stattfinden: in die Cumberland Lodge, gelegen in Windsor Great Park am Südrand von London. Das Treffen war das erste seit 13 Jahren und schnell ausgebucht. Es ließ Erinnerungen wach werden und diente dem Austausch zu aktuellen akademischen Fragen. Auch bei dieser Veranstaltung war es unvermeidlich, dem derzeit aktuellsten Thema Raum zu geben. Beitragstitel lauteten „Brexit: Legal, Economic and Political Aspects“ oder „Peace, Justice and Strong Institutions“. Trotz bestehender Herausforderungen war man sich einig: Das Erreichte ist zu wertvoll, um es aufzugeben, und muss, auch unter sich verändernden Vorzeichen, fortgeführt werden.



**Tabelle 22**  
**Daten zum Bildungssystem Vereinigtes Königreich**

<b>Bevölkerungsdaten</b>	
Bevölkerungszahl absolut	65,11 Mio.
Bevölkerungszahl 15- bis 24-Jährige	7,91 Mio.
<b>Ökonomische Daten</b>	
BIP pro Kopf (in US Dollar ) in KKP	43.080
Wirtschaftswachstum	1,79 %
Inflation	0,64 %
Rang des Landes bei deutschen Exporten	Rang 3
Rang des Landes bei Importen nach Deutschland	Rang 11
Knowledge Economy Index (KEI)	Rang 14
<b>Daten zum Hochschul- und Bildungswesen</b>	
<b>Bildungsausgaben</b>	
Gesamtgesellschaftliche Bildungsausgaben (öffentlich) (in % des BIP)	5,68 %
<b>Eingeschriebene Studierende</b>	
Anzahl der eingeschriebenen Studierenden (alle Studienstufen)	2,35 Mio.
Frauenanteil an Studierenden (alle Studienstufen)	55,96 %
Immatrikulationsquote	56,48 %
Absolvent/innen nach Abschlussarten	
<i>Bachelor + Master</i>	628.317
<i>PhD</i>	26.636
<b>Forschung</b>	
<i>Anteil der Forschungsausgaben am BIP</i>	1,70 %
<i>Anzahl wissenschaftlicher Publikationen</i>	182.849
<b>Internationalisierung und Bildungskooperationen</b>	
Anteil ausländischer Studierender	18,22 %
Ausländische Studierende im Land gesamt nach Herkunftsländern	
1. <i>China</i>	
2. <i>Indien</i>	
3. <i>Nigeria</i>	
4. <i>Malaysia</i>	
5. <i>USA</i>	
Im Ausland Studierende (Anzahl gesamt)	31.078
Im Ausland Studierende (Anteil an Studierenden gesamt)	1,26 %
Anzahl der Bildungsausländer in Deutschland	3.093
Die beliebtesten Zielländer für Studierende	
1. <i>USA</i>	
2. <i>Frankreich</i>	
3. <i>Deutschland</i>	
4. <i>Irland</i>	
5. <i>Australien</i>	

Quelle: DAAD, Statistik DESTATIS – Statistisches Bundesamt, Wissenschaft weltoffen, The World Bank, Data UNESCO, Institute for Statistics

Tabelle 23: DAAD-Geförderte aus dem Ausland und aus Deutschland nach Herkunfts-/Zielland und Förderbereichen **Vereinigtes Königreich**

A = Geförderte aus dem Ausland  
D = Geförderte aus Deutschland

**Vereinigtes  
Königreich**

		A	252
		D	588
<b>I. Individualförderung – gesamt</b>			
<b>1. nach Status</b>			
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	132	
	D	80	
Studierende auf Master-Niveau	A	28	
	D	280	
Doktorand/innen	A	39	
	D	94	
Wissenschaftler/innen und Hochschullehrer/innen (inkl. Postdoktorand/innen)	A	53	
	D	134	
<b>2. nach Förderdauer</b>			
< 1 Monat	A	120	
	D	127	
1–6 Monate	A	83	
	D	110	
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	49	
	D	351	
<b>II. Projektförderung – gesamt</b>		A	472
		D	705
<b>1. nach Status</b>			
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	23	
	D	253	
Studierende auf Master-Niveau	A	28	
	D	213	
Doktorand/innen	A	127	
	D	129	
Wissenschaftler/innen und Hochschullehrer/innen (inkl. Postdoktorand/innen)	A	264	
	D	97	
andere Geförderte*	A	30	
	D	13	
<b>2. nach Förderdauer</b>			
< 1 Monat	A	418	
	D	414	
1–6 Monate	A	27	
	D	246	
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	27	
	D	45	
<b>III. EU-Mobilitätsprogramme – gesamt</b>		A	20
		D	5.978
<b>1. Mobilität mit Programmländern</b>			
1. Erasmus-Studierendenmobilität (Auslandsstudium)	A		
	D	3.465	
2. Erasmus-Studierendenmobilität (Auslandspraktikum)	A		
	D	1.793	
3. Erasmus-Personalmobilität (Dozent/innen, sonstiges Personal)	A	20	
	D	720	
<b>DAAD-Förderung - gesamt (I + II + III)</b>		A	744
		D	7.271
<b>DAAD-Förderung – Geförderte A und D – gesamt</b>		<b>8.015</b>	

\*Personen in studienvorbereitenden Maßnahmen sowie projektbetreuendes Hochschulpersonal

In der Aufstellung der Geförderten des DAAD werden drei Förderbereiche unterschieden. In der Individualförderung unterstützt der DAAD schwerpunktmäßig Studierende sowie Wissenschaftler/innen und Hochschullehrer/innen, die sich erfolgreich um ein DAAD-Stipendium beworben haben. In der Projektförderung finanziert der DAAD vornehmlich Programme zur Förderung weltoffener Hochschulstrukturen. Als Nationale Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit vergibt der DAAD Fördermittel an deutsche Hochschulen für die Förderung der akademischen Mobilität a) aus Deutschland in das europäische Ausland (Mobilität von Einzelpersonen in Programmländer) und b) aus Deutschland in die gesamte Welt sowie aus der gesamten Welt nach Deutschland (Mobilität von Einzelpersonen mit Partnerländern). Die in der Tabelle abgebildeten Zahlen der EU-Mobilitätsförderung beziehen sich auf das Projekt 2016 und damit auf die Laufzeit 1.6.2016–31.5.2018.